



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/5652, 18/6597

Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen – I

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, zum Thema „Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern“ dem Landtag schriftlich einen Lagebericht vorzulegen, der insbesondere auf Fallzahlen und Erscheinungsformen eingeht.
2. Der Landtag begrüßt die Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung von Bedrohung, Hetze und Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und fordert die Staatsregierung auf, insbesondere die Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote konsequent weiter zu verfolgen und voranzutreiben, die den Betroffenen und den kommunalen Spitzenverbänden eine Hilfestellung bieten können. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die ergriffenen Maßnahmen und entwickelten Angebote schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident